UNIL | Université de Lausanne
IDHEAP
Institut de hautes études
en administration publique

Andreas Ladner

Wen würden sie wählen?
Eine Analyse der Parteipräferenzen ausländischer Staatsangehöriger in der Schweiz

Working paper de l'IDHEAP 19/2014
Unité Administration suisse et politiques institutionnelles

Unité Administration suisse et politiques institutionnelles

Analyses

Wen würden sie wählen? Eine Analyse der Parteipräferenzen ausländischer Staatsangehöriger in der Schweiz

Working paper de l'IDHEAP 19/2014
Unité Administration suisse et politiques institutionnelles

Prof. Dr. Andreas Ladner

Décembre 2014

Kurzzusammenfassung

Es ist nicht die SVP, der die in der Schweiz lebenden Ausländer mehrheitlich ihre Stimme geben würden. Populärste Partei ist die SP, gefolgt von den Grünen. Die SVP kommt sympathiemässig etwa in den Bereich von FDP.Die Liberalen und CVP zu liegen. Da die in der Schweiz lebenden Ausländer auch grundsätzlich linken Positionen gegenüber positiver eingestellt sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die geringen Sympathien für die SVP lediglich auf die Haltung der Partei in Ausländerfragen zurückzuführen ist. Ursächlich sind neben einer grösseren Exponiertheit gegenüber Diskriminierung wahrscheinlich auch unterschiedliche Wertemuster in ihrem Herkunftsland und eine generell liberalere und weltoffenere Orientierung von Migranten. Nicht zeigen lässt sich, dass sich die nicht stimmberechtigten Ausländer über die Zeit hinweg stärker für die Politik interessieren und in ihrer politischen Grundausrichtung den Schweizern angleichen.

Die dieser Untersuchung zugrunde liegenden Daten entstammen dem Schweizer Haushaltspanel. Das Problem solcher Untersuchungen ist, dass sie einen Bias zu besser gebildeten und linksorientierten Personen aufweisen. Politikfremde Personen sind demgegenüber untervertreten, das gilt insbesondere auch für Ausländer, die nicht über hinreichende Sprachkenntnisse zur Teilnahme an den Befragungen verfügen. Grundannahme für die Ermittlung der Ergebnisse war, dass die untersuchten Personen zwar nicht repräsentativ sind, dass man aber aussagekräftige Vergleiche zwischen den in der Untersuchung vertretenen Schweizern und Ausländern machen kann und dass hier keine relevanten systematischen Verzerrungen vorliegen. Insgesamt sind die Ergebnisse derart eindeutig, dass umfassendere Studien kaum zu grundsätzlich anderen Erkenntnissen führen würden.

Inhaltsverzeichnis

Kurzzusammenfassung i
1. Einleitung 1
2. Fragestellung und empirische Erkenntnisse 2
3. Methodisches Vorgehen und Daten 3
4. Politisches Interesse, Einfluss, Vertrauen in die Regierung und Demokratie 5
5. Verortung auf der Links-rechts Achse und politische Einstellungen 8
6. Parteipräferenzen und Wahlabsichten Ausländer 10
7. Zusammenfassung und Diskussion 14
Literatur 16

1. Einleitung

Mit einem Ausländeranteil von 23.8 Prozent[1] gehört die Schweiz weltweit zu den Ländern, in denen die grössten Anteile an Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit leben. Der Grund hierfür liegt zum einen am hohen Lebensstandard und den vergleichsweise hohen Löhnen, aber auch an der grossen Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften und an der zurückhaltenden Einbürgerungspraxis. Fast zwei Drittel der hierzulande lebenden Ausländer haben eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung und werden als Niedergelassene bezeichnet.[2] Rund 30 Prozent fallen in die Kategorie Aufenthalter, ein beachtlicher Anteil davon lebt ebenfalls mit einer längerfristigen Perspektive in der Schweiz. Bei den übrigen Ausländern handelt es sich um Kurzaufenthalter, Diplomaten, Flüchtlinge und Asylsuchende.

In weiten Teilen des Landes verfügt die ausländische Bevölkerung über keine politischen Rechte. Ausnahmen bilden die Westschweizer Kantone und einige Gemeinden in der Deutschschweiz, wo die Niedergelassenen, vor allem auf Gemeindeebene das aktive und teilweise auch das passive Wahlrecht kennen. Einzig der Kanton Neuenburg gewährt seinen niedergelassenen Ausländern das Stimmrecht bei Ständeratswahlen, sodass sie sich auch an der nationalen Politik beteiligen können.

Damit ist die Schweiz bezüglich des Ausländerstimmrechts deutlich restriktiver als vergleichbare Länder und ein grosser Teil der Einwohner wird von der aktiven Teilnahme an der Politik ausgeschlossen. Die hierfür angeführten Gründe sind vielfältig. Unter anderem wird argumentiert, dass durch die direkte Demokratie die politischen Rechte weit über das Wahlrecht hinausgehen und es ermöglichen, in sehr vielen Bereichen abschliessende Entscheidungen zu fällen. So kann beispielsweise relative direkt auf die Haushalte von Kanton und Gemeinden Einfluss genommen und die Höhe von Einnahmen und Ausgaben bestimmt werden.

In den Debatten um die Ausweitung des Ausländerstimmrechts wird häufig angeführt, dass der Ausschluss von den politischen Rechten einer Integration der hierzulande lebenden Ausländer hinderlich sei. Durch die Möglichkeit der Beteiligung an politischen Entscheidungen würde das Interesse an der Politik gefördert und die Ausländer würden sich als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert auch stärker mit den kulturellen Werten auseinandersetzen. Die Gegner einer Ausweitung halten dem entgegen, dass die politischen Recht erst nach erfolgter Integration, das heisst bei der Einbürgerung, erteilt werden sollten.

Unabhängig von dieser Integrationsdebatte stellt sich auch grundsätzlich die Frage, was passieren würde, wenn den Ausländern das Wahl- und Abstimmungsrecht gewährt würde. Wo stehen die in der Schweiz lebenden Ausländer politisch und welchen Parteien würde sie ihre Stimme geben? Würden sich dadurch die politischen Kräfteverhältnisse verschieben oder

[1] http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/01.html (besucht am 12.12.2014)
[2] http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/02.html (besucht am 12.12.2014)

gleichen ihre politischen Präferenzen insgesamt denjenigen der stimmberechtigten Schweizern?

Bis anhin gibt es keine umfassenderen Studien, die auf diese Fragen eine Antwort geben. Die Wahlforschung konzentriert sich aus nachvollziehbaren Gründen auf die Stimmberechtigten. Zudem sind solche Fragen in erster Linie hypothetischer Natur, da nicht einfach davon ausgegangen werden kann, dass nach der Erteilung der politischen Rechte die Parteipräferenzen die gleichen bleiben. Dennoch ist es interessant zu wissen, welche Parteien die in der Schweiz lebenden Ausländer bevorzugen würden, sei dies nur deshalb, weil man dadurch auch gewisse Anhaltspunkte erhält, wie sie die politischen Auseinandersetzungen hierzulande wahrnehmen. Treibt sie die immigrations- und integrationskritische Haltung der SVP dazu, sich stärker nach links zu orientieren, oder sehen sie möglicherweise ihre Stellung hierzulande durch eine verstärkte Zuwanderung gefährdet und unterstützen sogar selbst die Forderungen nach einer stärkeren Beschränkung?

Das Schweizer Haushalts-Panel (SHP), welches zum Ziel hat, den sozialen Wandel und die Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Schweiz zu verfolgen, erfasst auch die ausländische Bevölkerung in der Schweiz. Ihm ist es zu verdanken, dass einigermassen verlässliche Anhaltspunkte zu den Parteipräferenzen der Ausländer in der Schweiz eruiert werden können.

2. Fragestellung und empirische Erkenntnisse

Wem würden die nicht stimmberechtigten in der Schweiz lebenden Ausländer ihre Stimme geben? Unterscheiden sie sich nicht von den Stimmberechtigten oder tendieren sie eher nach links oder gar nach rechts? Schon eine Beantwortung dieser einfachen Fragestellung ist von Interessen, darüber hinaus interessieren aber vor allem auch mögliche Gründe für allfällig abweichende Parteipräferenzen.

Naheliegend ist die Annahme, dass die in einem Land ansässigen Ausländer aufgrund von mit ihrem Status verbundenen negativen Erfahrungen dazu tendieren, diejenigen Parteien zu bevorzugen, die ihnen gegenüber positiv eingestellt sind. In der Regel sind dies eher linke oder liberale Parteien. Nationalkonservative Parteien, welche die Hürden für eine Einbürgerung möglichst hoch halten wollen, stossen auf weniger Sympathien als Parteien, die sich für eine aktive Integrationspolitik einsetzen. Etwas komplizierter wird es bei der Frage der Zuwanderung. Wird die Forderung nach einer Beschränkung der Zuwanderung als negatives Votum gegenüber Einwanderer generell verstanden, so dürfte sie bei den niedergelassenen Ausländern und den dahinter stehenden Parteien auf wenig Sympathien stossen. Wird sie eher als Massnahme zur Beschränkung des Bevölkerungswachstums oder zum Schutz des Arbeitsmarktes aufgefasst, so könnten auch die niedergelassenen Ausländer daran ein gewisses Interesse finden.

Wäre das politische Programm der Parteien im Aufenthaltsland der Ausländer der einzige erklärende Faktor, so könnte man beispielsweise erwarten, dass die Ausländer in ihrem Herkunftsland ausländerkritischen Parteien die Stimme geben würden, sich aber hierzulande als direkt Betroffene gegen solche Parteien wenden. Möglich wäre auch, dass sie sich bei politischen Fragen, die weniger direkt mit ihrem Ausländerstatus zu tun haben (zum Beispiel beim Umweltschutz) eher rechtere Position einnehmen.

Denkbar ist aber auch, dass die Ausländer unabhängig vom konkreten Parteienangebot im Aufenthaltsland andere politische Positionen einnehmen. Das könnte damit zusammenhängen, dass liberale oder links positionierte Personen eher dazu tendieren, auszuwandern und sich in einem anderen Land niederzulassen als Personen mit einer nationalkonservativen Grundeinstellung. Allenfalls sind es auch nur bestimmte sozio-ökonomische Gruppen mit spezifischen Interessen, die auswandern und in einem anderen Land Arbeit suchen (müssen). Und möglich wäre schliesslich auch, dass die eingewanderten Ausländer aus bestimmten Ländern kommen, in denen andere Parteien oder andere politische Grundwerte vorherrschen.

Die Forschung bis anhin zeigt, dass Immigranten in Westeuropa überproportional für Kandidaten und Parteien der Linken stimmen (vgl. Strijbis 2014: 614). Dies gilt zumindest für Grossbritannien (Sanders et al. 2013), den Niederlanden (Tillie 1998), Norwegen (Berg/Bjorklund 2011) und Belgien (Teney et al. 2010). Abweichende Ergebnisse gibt es einzig bei den EU-Immigranten in Belgien, die sich nicht wesentlich von den Belgiern unterscheiden, und in Deutschland wählen die Türkischen Immigranten links und diejenigen aus Zentral- und Osteuropa die CDU (Wüst 2004).

Für die Schweiz wissen wir erst seit jüngster Zeit wie Schweizer mit einem Migrationshintergrund wählen. Strijbis (2014) kommt auf der Basis der Selects-Daten zum Schluss, dass die SP mit 24 Prozent bei den Nationalratswahlen 2011 die stärkste Partei unter den neu eingebürgerten Schweizern ist. Sie erzielt deutlich mehr als ihr realer Wähleranteil von 18.7. Tendenziell besser schneiden bei den neuen Schweizern auch die Grünen sowie die Grünliberalen ab. Die zweitbeliebteste Partei ist die SVP, die 22 Prozent der Stimmen erhielt. Von den Schweizern ohne Migrationshintergrund wählten 28 Prozent die Volkspartei.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen wäre also zu erwarten, dass die in der Schweiz lebenden nicht stimmberechtigten Ausländer eher linke Parteien bevorzugen, welches die Gründe dafür sind, bleibt vorderhand offen.

3. Methodisches Vorgehen und Daten

Es liegt auf der Hand, dass die Wahlabsichten der Nichtstimmberechtigten nicht im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Forschung stehen. Die einschlägigen Studien[3]

[3] Zum Wahlverhalten der Stimmberechtigten vergleiche vor allem die SELECTS-Studien (http://forscenter.ch/en/our-surveys/selects/), zum Abstimmungsverhalten die VOX-Analysen (http://www.gfsbern.ch/de-ch/Publikationen/VOX-Analysen).

befassen sich vor allem mit den Wahlabsichten und Wahlentscheiden derjenigen, die auch effektiv an den Wahlen teilnehmen können. Bei den Parteipräferenzen der ausländischen Bevölkerung stützt man sich häufig auf Hinweise anekdotischer Natur. Jugendliche werden auf der Strasse gefragt, was sie von der Politik und den verschiedenen Parteien halten, oder man erhält Einblick in Ausländervereine (zum Beispiel wenn in ihren Heimatsländern Wahlen stattfinden) und erfährt so etwas über die politischen Einstellungen der Vereinsmitglieder. Quantifizierbare oder gar repräsentative Daten fehlen praktisch gänzlich.

Die einzige Datenquelle hierzulande, die uns zumindest ansatzweise einen gewissen Einblick in die politischen Präferenzen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gibt, ist das Schweizer Haushaltspanel, welches auch die ausländischen Staatsangehörigen in seine Untersuchungen miteinbezieht. Dabei handelt es sich um eine Panel-Untersuchung, d.h. dieselben Personen werden jedes Jahr wieder befragt, sodass Entwicklungen über die Zeit hinweg besser verfolgt werden können.

Das Schweizer Haushalt-Panel

Das Hauptziel des Schweizer Haushalt-Panel (SHP) ist die Beobachtung des sozialen Wandels und der Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Schweiz. Es handelt sich um eine jährlich wiederholte Panelstudie, die eine Zufallsstichprobe von privaten Haushalten in der Schweiz begleitet und deren Mitglieder hauptsächlich telefonisch interviewt.

Das SHP wird vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanziell unterstützt und verfügt über einen schweizweit einmaligen Bestand an längsschnittlichen Daten. Die Studie deckt zudem eine breite Palette sozialwissenschaftlicher Fragestellungen und Ansätze ab.

Die Datenerhebung startete im Jahr 1999 mit einer ersten Stichprobe von 5'074 Haushalten, beziehungsweise 12'931 Haushaltsmitgliedern. Im Jahr 2004 wurde eine zweite Stichprobe von 2'538 Haushalten und 6'569 Individuen hinzugefügt; und seit 2013 gibt es eine dritte Stichprobe mit 4'093 Haushalten und 9'945 Individuen.

Aktuell umfasst die Datenbank des SHP Informationen zu den Jahren 1999 bis 2013. Die Daten stehen der Forschungsgemeinschaft kostenlos zur Verfügung.

Vgl. http://forscenter.ch/de/our-surveys/schweizer-haushalt-panel/

Allerdings sind auch die Daten des Haushaltspanels nicht repräsentativ und müssen mit einer gewissen Vorsicht analysiert und interpretiert. Mindestens aus drei Gründen gibt es hinsichtlich der hier behandelten Fragestellung Einschränkungen zu machen:

- In sozialwissenschaftlichen Befragungen gibt es in der Regel einen Linksbias. Es sind vor allem die bildungsnahen und sozial engagierten Schichten, die sich für solche Studien zur Verfügung stellen. Während sich für sozio-demographische

Charakteristiken einfache Korrekturmöglichkeiten anbieten, sind Gewichtungen aufgrund von Parteipräferenzen und politischen Einstellungen bedeutend schwieriger zu handhaben.

- Ausländer sind im Haushaltspanel nicht nur generell untervertreten, sondern bestimmte Ausländergruppen sind auch weniger präsent als andere. Gründe dafür sind fehlende Sprachkompetenz, um sich an einer komplexen Umfrage in einer der Landessprachen zu beteiligen sowie ein generell geringeres politisches Interesse.

- Bei Panel-Untersuchungen gilt zudem, dass gerade die schwächer vertretenen Gruppen auch höhere Ausfallquoten erzielen.

Dazu kommt, dass die Stichprobengrösse bei den Ausländern beispielsweise bei den Parteipräferenzen mit zwischen 300 und 550 relativ tief sind, sodass bei der Interpretation der Ergebnisse mit grösseren Toleranzintervallen gearbeitet werden muss.

Aufgrund der beschränkten Repräsentativität ist es zum Beispiel nicht möglich, die Zusammensetzung des Parlamentes nach einer flächendeckenden Einführung des Ausländerstimmrechts zu berechnen.

Verzerrungseffekte können teilweise korrigiert werden, in dem das Sample so gewichtet wird, dass es hinsichtlich bestimmter Variablen (Alter, Wohnort, Ausländeranteil, Zivilstand) möglichst genau der in der Schweiz ansässigen Wohnbevölkerung entspricht. Nicht berücksichtigt sind dabei jedoch die politischen Präferenzen. In dieser Untersuchung wird jedoch erwartet, dass die untersuchten Gruppen von Ausländern und Schweizern im Sample bezüglich der politischen Einstellungen denselben systematischen Verzerrungen unterliegen, sodass sie vergleichbar sind.

Zu erwarten ist, dass die Sympathien für linke Parteien in den Zahlen eher überschätzt werden. Es wird aber davon ausgegangen, dass diese Überschätzung für beide Gruppen gleich stark ist. Findet man nun diesbezüglich einen Unterschied zwischen Schweizern und Ausländern, so hat das mit unterschiedlichen Parteipräferenzen zu tun.

4. Politisches Interesse, Einfluss, Vertrauen in die Regierung und Demokratie

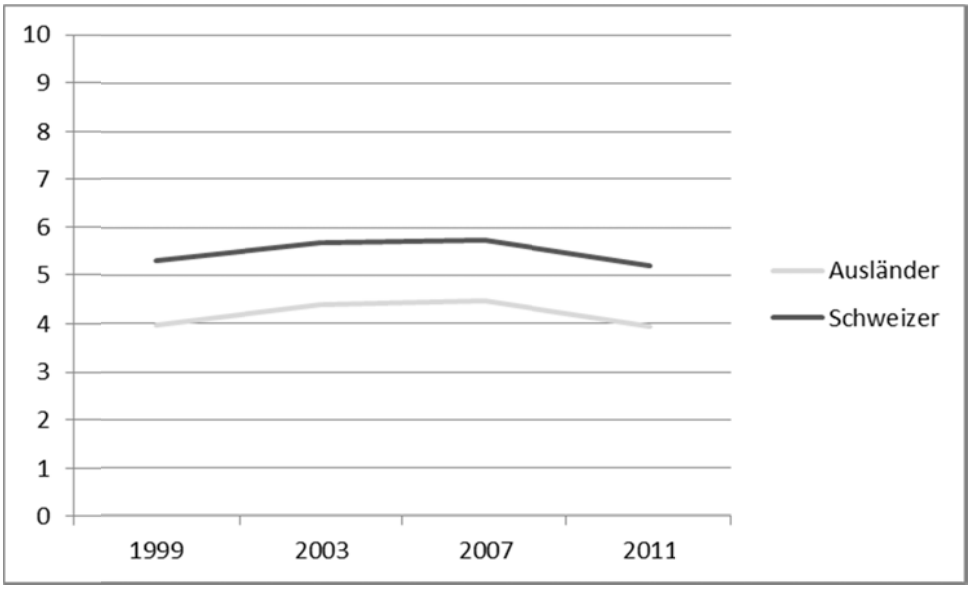
Interesse an der Politik ist eine der Grundvoraussetzung für die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen. Häufig wird zudem argumentiert, dass das politische Interesse Voraussetzung für das für eine Beteiligung notwendige politische Wissen ist. Wie soll sich jemand für eine Partei entscheiden, wenn er gar nicht weiss, welche Ideen von dieser Partei verfolgt werden?

Politisches Interesse sowie die Aneignung der notwendigen Kenntnisse hängt unter anderem damit zusammen, ob man sich auch tatsächlich an der Politik beteiligen will oder kann. Gerade im Zusammenhang mit der Einführung des Ausländerstimmrechts wird von den Befürwortern immer wieder argumentiert, dass die Einführung dazu führe, dass sich die ausländischen Staatsangehörigen stärker für die Politik interessierten, was dann auch deren Integration fördern würde. Dem halten die Gegner des Ausländerstimmrechts entgegen, dass das Stimmrecht erst nach erfolgter Integration erteilt werden sollte.

Aus den Daten des Haushaltspanels geht eindeutig hervor, dass sich die Ausländer mit Ausweis C und B weniger für die Politik interessieren als die Schweizer. Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht interessiert) bis 10 (sehr interessiert) liegt der Durchschnittswert der Schweizer in der Erhebung 2012 bei 5.6 gegenüber 4.1 bei den Ausländern, d.h. 1.5 Skalenpunkte höher. Interessanterweise lässt sich zudem zeigen, dass bei den Ausländern mit Bewilligung B das Interesse höher liegt als bei denjenigen mit einer C-Bewilligung, was bereits darauf hindeutet, dass mit der Aufenthaltsdauer allein das Interesse nicht zwingend ansteigt.

Betrachtet man die Entwicklung des politischen Interesses über die Zeit hinweg (vgl. Figur 1), so bleibt der Unterschied zwischen Schweizern und Ausländern relativ konstant, sodass auch hier nichts darauf hindeutet, dass allein mit einer längeren Aufenthaltsdauer das Interesse ansteigt.

Figur 1: Interesse an Politik, Ausländer und Schweizer im Vergleich (Wahljahre, Mittelwerte)



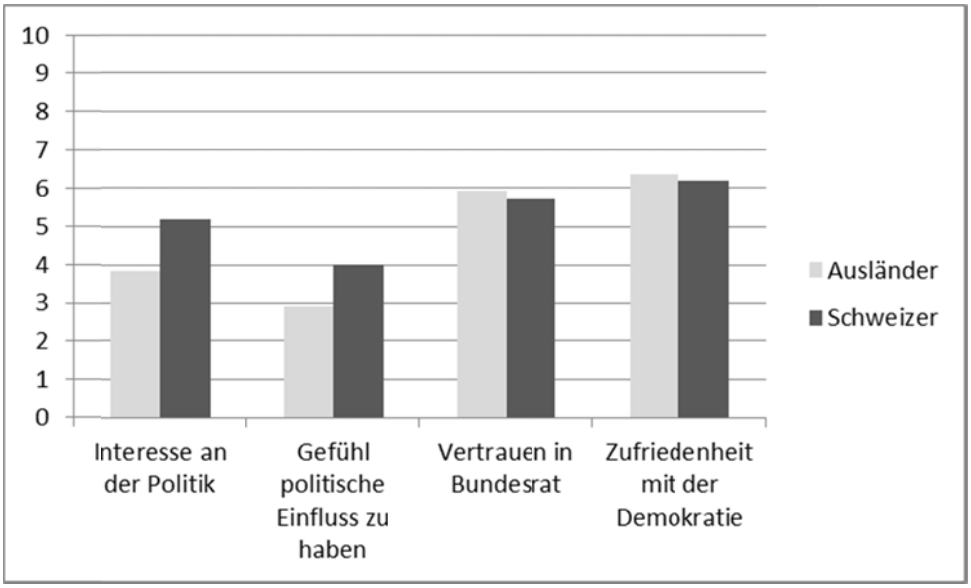
Quelle: Haushaltspanel, eigene Berechnungen, gewichtete Werte, 0=überhaupt kein Interesse; 10=sehr interessiert
N_ungewichtet Ausl./CH: 1999=889/6889, 2003=501/4714, 2007=647/6322; 2011=688/6630
N_gewichtet Ausl./CH: 1999=1437/6337; 2003=1097/4118, 2007=1519/5441, 2011=1751/5519

Interessant ist hier weiter, dass das Interesse in beiden Gruppen in den Nullerjahren leicht angestiegen ist und dann wieder zurückging, was wahrscheinlich mit einem

Mobilisierungseffekt verursacht durch den offensiven Kurs der SVP in Verbindung gebracht werden kann. Zur besseren Vergleichbarkeit werden hier die Werte für die jeweiligen Wahljahre verglichen. Das grössere Interesse der (stimmberechtigten) Schweizer bleibt auch bestehen, wenn der Bildungsgrad kontrolliert wird.

Nicht ganz unerwartet ist weiter, dass mit dem tieferen politischen Interesse auch stärker das Gefühl einhergeht, keinen politischen Einfluss zu haben (vgl. Figur 2). Trotzdem haben aber die Ausländer ein verhältnismässig grosses Vertrauen in den Bundesrat und sind mit der Demokratie hierzulande zufrieden. Die gewichteten Werte liegen hier sogar leicht höher als bei den Schweizern.

Figur 2: Interesse an Politik, politischer Einfluss, Vertrauen in den Bundesrat und Zufriedenheit mit der Demokratie auf einer Skala von 0 bis 10, Ausländer (B, C) und Schweizer im Vergleich (2011, Mittelwerte)



Quelle: Haushaltspanel, eigene Berechnungen, gewichtete Werte
Nmin_ungewichtet Ausl./CH: 461/6749
Nmin_gewichtet Ausl./CH: 1445/5678

Mit Blick auf die übergeordneten Fragestellungen kann hier also festgehalten werden, dass eine längere Aufenthaltsdauer in der Schweiz nicht zu einem höheren politischen Interesse führt, was der Argumentation der Gegner einer relativ raschen Gewährung des Stimmrechts an niedergelassenen Ausländern in kommunalen Angelegenheiten eher widersprechen würde.

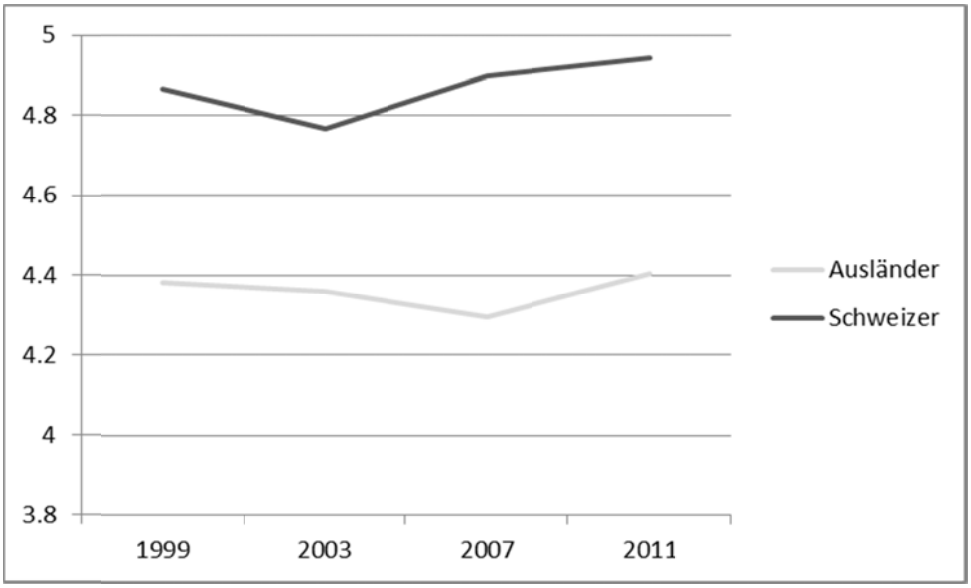
5. Verortung auf der Links-rechts Achse und politische Einstellungen

Bevor wir uns den Parteien zuwenden, betrachten wir zuerst die politische Einstellung ganz allgemein, dargestellt auf der in den Politikwissenschaften nach wie vor als zentrale Dimension geltenden Links-rechts-Achse sowie zu bestimmten politischen Sachfragen.

Die Befragung im Jahr 2012 zeigt, dass die Schweizer auf der von 0 bis 10 reichenden Links-rechts Achse im Durchschnitt beim Wert 4.97 zu liegen kommen, während der entsprechende Wert bei den Ausländern bei 4.41 liegt. Der Unterschied liegt also bei etwas mehr als einem halben Skalenpunkt.

Die Analyse über die letzten vier Wahljahre hinweg (vgl. Figur 3) zeigt, dass die Differenz konstant geblieben ist und dass beide Gruppen in jüngerer Zeit etwas nach rechts gerutscht sind. Der vorübergehende Linksrutsch der Schweizer im Jahr 2003 und der Ausländer im Jahr 2007 kann möglicherweise als Gegenreaktion auf die damals stark aufkommende SVP verstanden werden.

Figur 3: Verortung auf der Links-rechts Achse, Ausländer und Schweizer im Vergleich (Wahljahre, Mittelwerte)



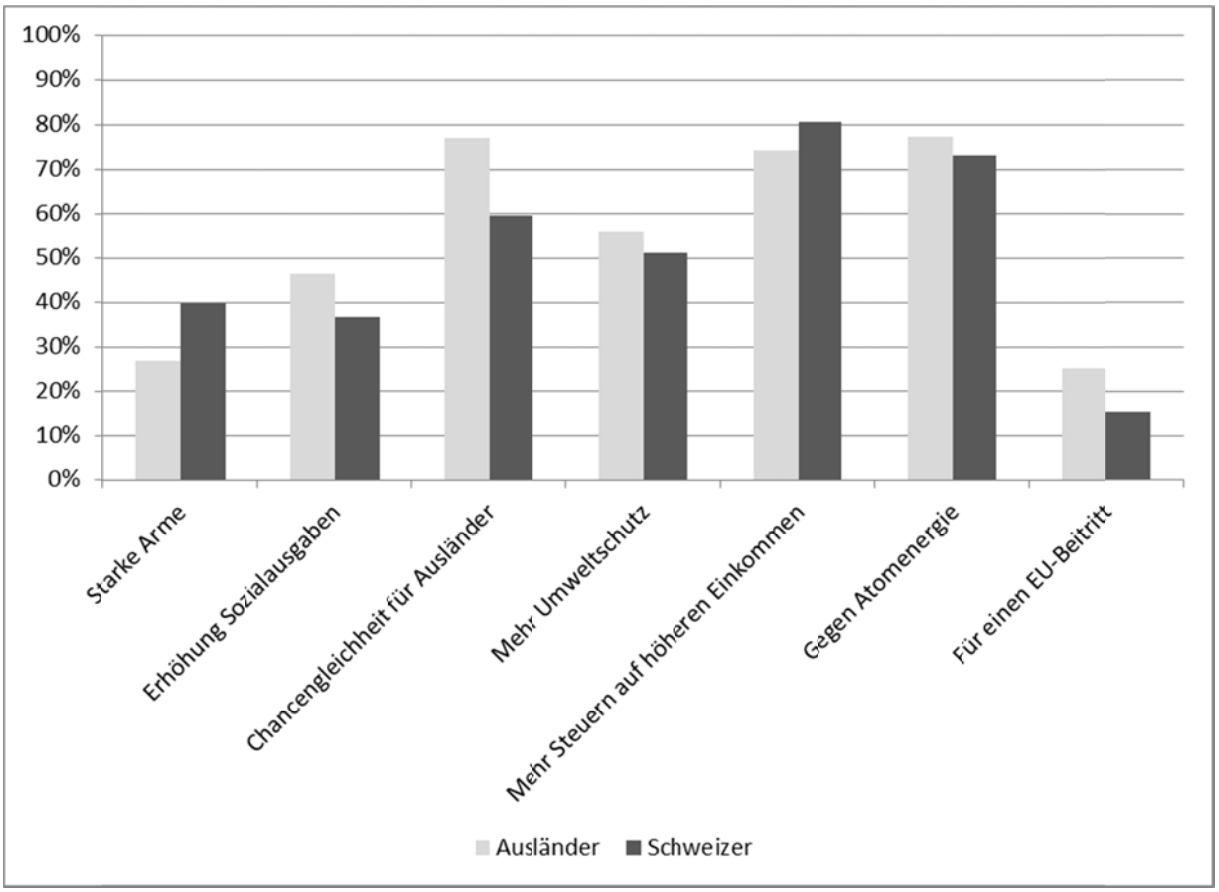
Quelle: Haushaltspanel, eigene Berechnungen, gewichtete Werte, 0=links; 10=rechts

N_ungewichtet Ausl./CH: 1999=554/5897, 2003=308/4200, 2007=407/5822; 2011=367/6124
N_gewichtet Ausl./CH: 1999=723/3672; 2003=1039/5039, 2007=1139/5120, 2011=1038/5121

Dass die in der Schweiz lebenden Ausländer eher links positioniert sind, kommt auch in ihren Einstellungen zu konkreten politischen Sachfragen zum Ausdruck. Sie sind weniger häufig für eine starke Armee, dafür häufiger für höhere Sozialausgaben und nicht unerwartet sind sie

für mehr Chancengleichheit für Ausländer. Zwar sind sie auch leicht häufiger für mehr Umweltschutz und gegen Kernenergie, aber hier sind die Unterschiede etwas geringer. Zudem sind sie etwas häufiger für einen EU-Beitritt der Schweiz, wobei hier die Zustimmung erstaunlich tief liegt. Erstaunlich ist letztlich auch, dass sie etwas weniger häufig für eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen sind, wobei hier die Zustimmung in beiden Gruppen relativ hoch ist.

Figur 4: Einstellung zu ausgewählten politischen Sachfragen, Ausländer und Schweizer im Vergleich (2011, Prozentanteile)



Quelle: Haushaltspanel, eigene Berechnungen, gewichtete Werte
Nmin_gewichtet Ausl./CH: 1302/5428

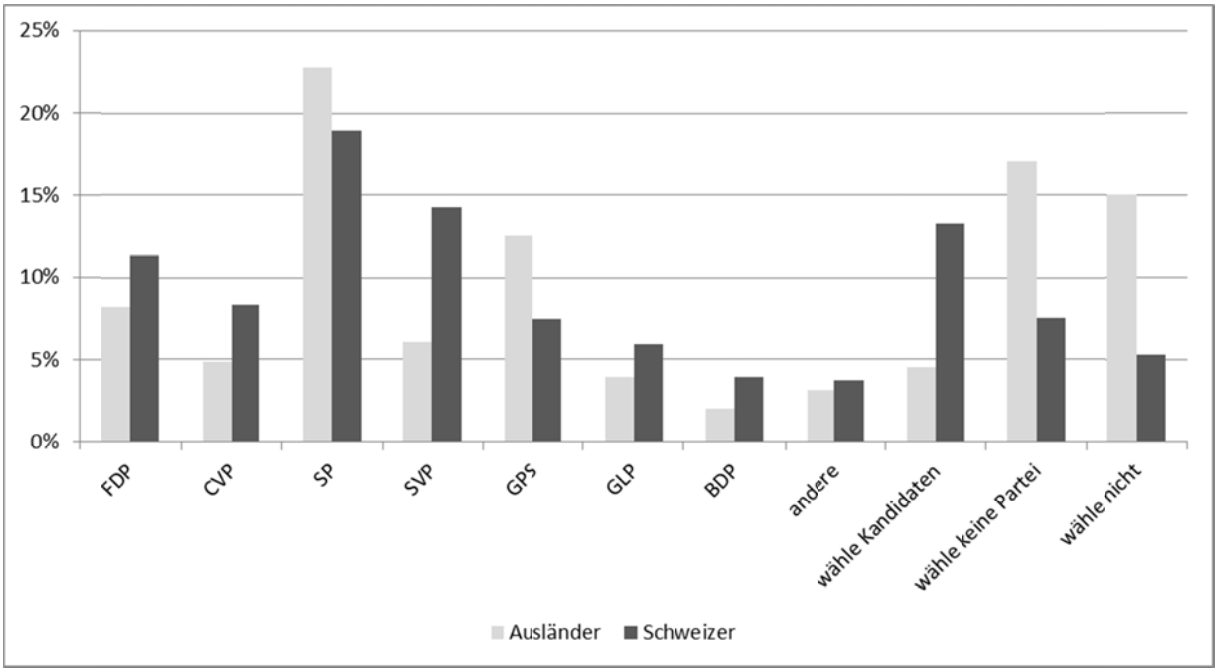
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Ausländer in ihrer politischen Grundausrichtung nicht über die Zeit hinweg den Schweizern anpassen, dass sie generell linkere Positionen vertreten und dass diese Positionen etwas ausgeprägter sind, wenn es sich um Fragen handelt, die sie direkt betreffen.

6. Parteipräferenzen und Wahlabsichten der Ausländer

Auch in ihren Wahlabsichten kommt zum Ausdruck, dass die Ausländer in der Schweiz linkere politische Positionen. Mit Abstand populärste Partei unter den Ausländern ist die SP (vgl. Figur 5). Zusammen mit den Grünen geniesst die SP bei den Ausländern deutlich mehr Sympathien als bei den Schweizern. Alle anderen Parteien (FDP, CVP, SVP, BDP und GLP) finden demgegenüber bei den Schweizern mehr Sympathien.

Bei den in Figur 5 dargestellten Ergebnisse sind alle Befragten ab 15 Jahren in die Berechnungen einbezogen, das heisst auch solche, die nicht wählen gehen, sich für keine Partei entscheiden können oder in erster Linie bestimmte Kandidaten wählen. Nicht erstaunlich kommt die Antwort „wähle nicht" oder „keine Partei" bei den Ausländern deutlich häufiger vor als bei den Schweizern, da das fehlende Wahlrecht dazu führt, dass sie sich weniger für die Politik interessieren. Dass sie sich weniger häufig für die Antwortkategorie „Kandidaten wählen" entscheiden, dürfte mit der geringeren praktischen Vertrautheit mit dem Schweizer Wahlsystem zusammenhängen.

Figur 5: Wahlabsichten von Ausländern und Schweizern im Jahr 2012 (alle Befragten ab 15 Jahre, Prozentanteile)



Quelle: Haushaltspanel, eigene Berechnungen, gewichtete Werte

N_gewichtet Ausl./CH: 2012=975/5193

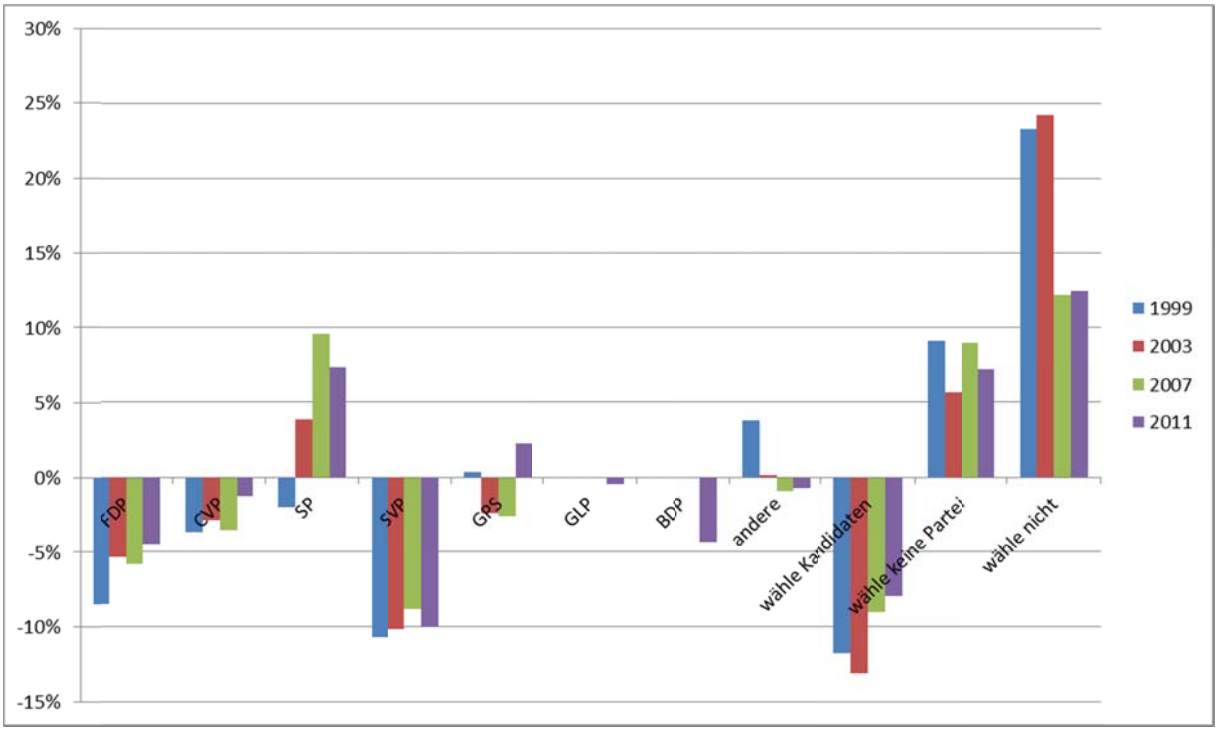
Die abgebildeten Präferenzen zeigen die Verteilung der Parteisympathien und nicht die Wählerstimmenanteile der Parteien unter Schweizern und Ausländern. Verzerrend wirkt sich

neben der Betrachtung aller Personen über 15 Jahren auch die fehlende Repräsentativität des Sample (siehe Abschnitt 3) aus. Nimmt man jedoch an, dass Ausländer und Schweizer im Sample hinsichtlich der politischen Präferenzen den gleichen systematischen Verzerrungen unterliegen, so ergibt der Blick auf die Differenzen zwischen den beiden Gruppen dennoch aussagekräftige Ergebnisse.

Der Anteil der Ausländer, welche die SP wählen würden, liegt im Sample 2012 rund 4.5 Prozentpunkte höher als derjenige der Schweizer, während bei der SVP der entsprechende Anteil mehr als 8 Prozentpunkte tiefer liegt. Die Sympathien für die Grünen sind mit einem Plus von mehr als 5 Prozentpunkten bei den befragten Ausländern im Verhältnis zu den befragten Schweizern sogar noch stärker, während bei den anderen Parteien die Sympathien wie erwähnt tiefer liegen.

Der Blick auf den Veränderungen der Parteipräferenzen über die Zeit hinweg zeigt zudem, dass die Unterschiede zwischen Ausländern und Schweizer relativ konstant sind (vgl. Figur 6). Die SVP bleibt unter Ausländern deutlich weniger populär als unter Schweizern. Von Ausländern stärker gewählt als von Schweizern würde eindeutig die SP, dies vor allem seit den Nullerjahren und mit abnehmender Tendenz für 2011, welche teilweise durch die Grünen

Figur 6: Wahlabsichten von Ausländern und Schweizern, Unterschiede in Wahljahren (alle Befragten ab 15 Jahre, Prozentpunkte)



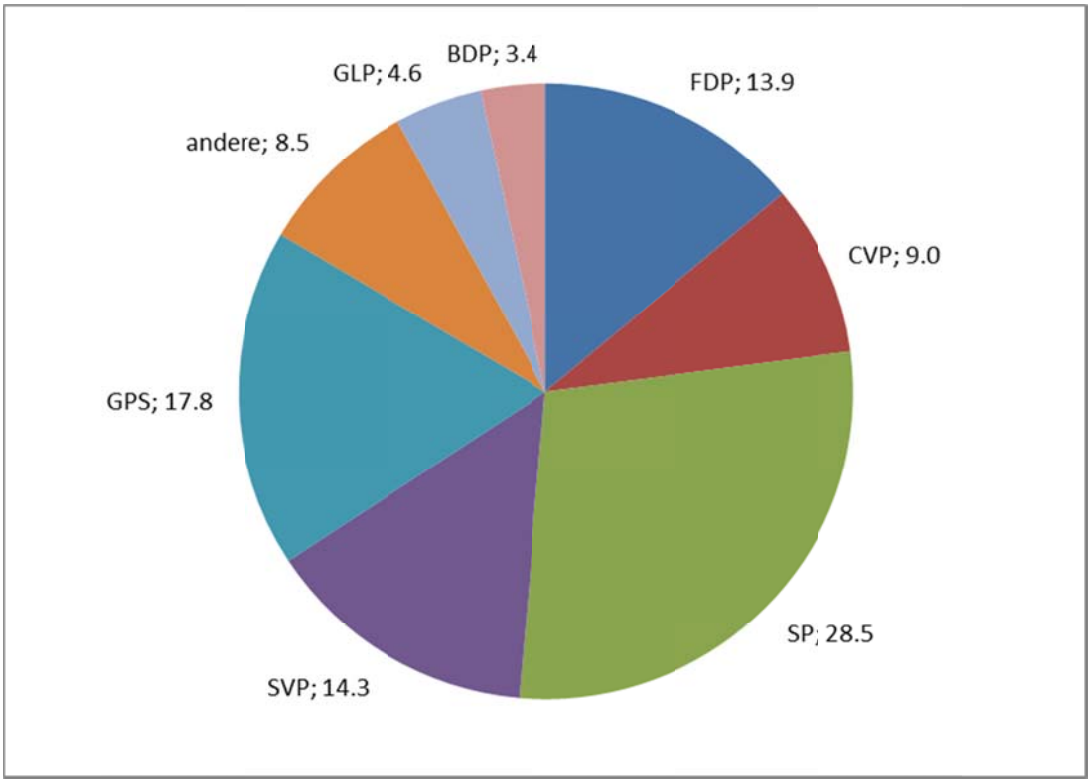
Quelle: Haushaltspanel, eigene Berechnungen, gewichtete Werte

N_ungewichtet Ausl./CH: 1999=552/6066, 2003=325/4341, 2007=359/5707; 2011=370/5977
N_gewichtet Ausl./CH: 1999=911/5614; 2003=775/3795, 2007=921/4930, 2011=1155/5069

wettgemacht wird. FDP und CVP sind ebenfalls untervertreten, wobei es ihnen gelungen ist, in jüngerer Zeit etwas an Boden gutzumachen. Interessant ist schliesslich, dass der Unterschied bei den Nichtwählenden seit 2007 deutlich geringer ist, was möglicherweise auf eine gewisse politische Sensibilisierung zurückzuführen ist.

Will man dennoch den Versuch wagen, die Wählerstimmenanteile der grössten Schweizer Parteien unter den Ausländern in der Schweiz hochzurechnen und korrigiert die Verzerrungen entsprechend den bekannten politischen Verzerrungen unter den Schweizern, dann ergeben sich für das Jahr 2012 folgende Ergebnisse (vgl. Figur 7): Stärkste Partei, mit Abstand, wäre die SP mit gegen 30 Prozent gefolgt von den Grünen mit 18 Prozent. Die SVP kommt mit 14 Prozent in den Bereich der FDP zu liegen und die CVP fällt unter die 10-Prozent Hürde.

Figur 7: Hochrechnung Parteisympathien Ausländern in der Schweiz 2012 (Befragte mit Wahlabsichten und Parteipräferenzen, Prozentanteile)



N=568

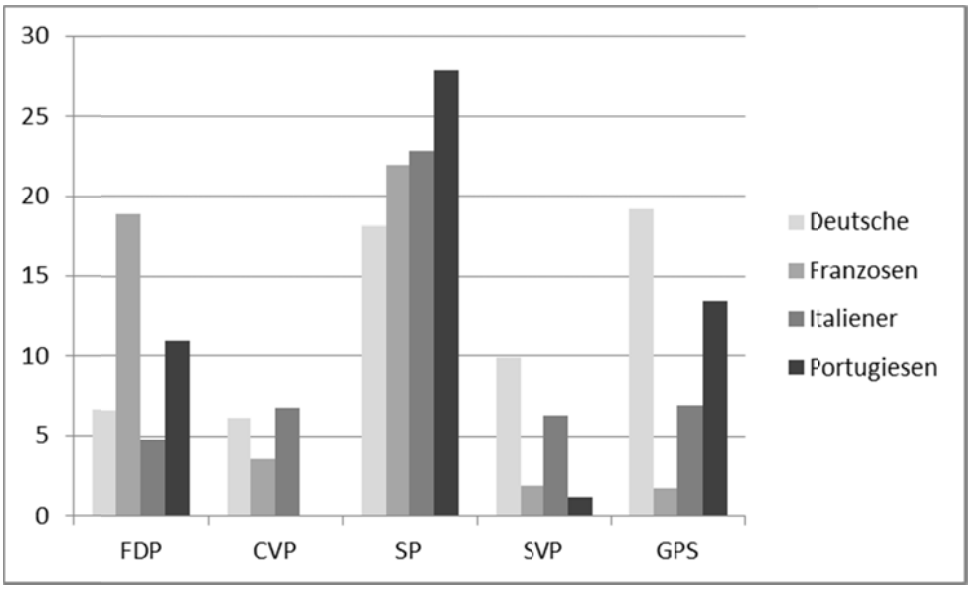
Natürlich weiss man nicht, ob eine Einbürgerung die Wahlabsichten nicht ändern würde, aber es kann mit relativ grosser Gewissheit davon ausgegangen werden, dass eine liberalere Einbürgerungspraxis eher der SP und den Grünen als der SVP Stimmen bringen würde.

Erstaunlich ist weiter das relativ schlechte Abschneiden der CVP, kommen doch viele Ausländer aus katholischen Ländern (Italien, Portugal, Frankreich). Wir betrachten deshalb in einem letzten Schritt die Parteisympathien von verschiedenen Herkunftsgruppen von

Ausländern in der Schweiz. Da die Fallzahlen hier noch geringer sind, gilt es die Ergebnisse mit zusätzlicher Vorsicht zu betrachten und die Prozentwerte haben nur innerhalb grösserer Fehlerintervalle ihre Gültigkeit. Die Zahlen sprechen aber wiederum eine deutliche Sprache.

Betrachtet man die grössten Ausländergruppen, d.h. die Italiener, Deutschen, Portugiesen und Franzosen in der Schweiz, so dominieren auch hier die linken Parteien (vgl. Figur 8). Bei den Deutschen sind es die Grünen und bei den anderen drei Gruppen ist es die SP, die am häufigsten als diejenige Partei genannt werden, die gewählt würde, falls am nächsten Wochenende Wahlen stattfinden. Die SVP geniesst am meisten Sympathien bei den Deutschen, liegt aber auch hier weit hinter ihrem Ergebnis bei den letzten Nationalratswahlen zurück, während die FDP.Die Liberalen bei den Franzosen etwas besser abschneidet als bei den letzten Wahlen. Unerwartet tief liegen die Parteisympathien bei der CVP, wo man von den Einwanderern aus katholischen Ländern mehr Unterstützung hätte erwarten können.

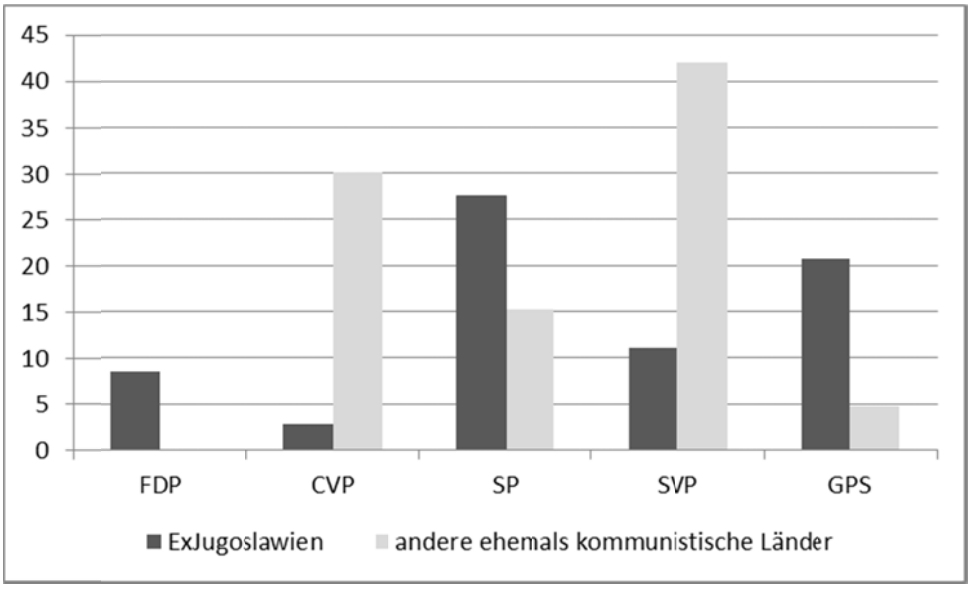
Figur 8: Parteisympathien ausgewählter Gruppen von Ausländern 2012 (Befragte mit Wahlabsichten und Parteipräferenzen, Prozentanteile)



N=183/67/363/128

Nicht bestätigen lässt sich mit den erhobenen Zahlen, dass die SVP bei gewissen Einwanderern aus Ex-Jugoslawien auf Sympathien stösst (vgl. Figur 9). Die SP und die Grünen dominieren auch bei den Einwanderern aus dem Balkan, während diejenigen aus den anderen ehemals kommunistischen Staaten mehr Sympathien für die CVP und die SVP haben.

Figur 9: Parteisympathien ausgewählter Gruppen von Ausländern 2012 (Befragte mit Wahlabsichten und Parteipräferenzen, Prozentanteile)



N=106/19

7. Zusammenfassung und Diskussion

Wir wissen, wie die Schweizer wählen, wir wissen seit jüngstem (vgl. Strijbis 2014), wie die eingebürgerten Ausländer wählen, und wir haben nun erste Anhaltspunkte, wie die Ausländer in der Schweiz wählen würden. Dass darüber lange nichts bekannt war, erstaunt nicht, da die Frage in erster Linie hypothetischer Natur ist.

Angesicht der grossen Zahl von in der Schweiz ansässigen Angehörigen anderer Staaten ist es jedoch angezeigt zu wissen, wie dieser wichtige Teil der Bevölkerung wählen würde, respektive für welche Parteien sie die grössten Sympathien haben. Dies gibt nicht zuletzt auch Aufschluss darüber, wie sie die politischen Auseinandersetzungen hierzulande wahrnehmen und wie weit die Politik ihre politischen Präferenzen abzudecken vermag.

Das Schweizer Haushaltspanel ermöglicht es, diesbezüglich einen ersten Eindruck zu vermitteln und die häufig aufgrund von Einzelbeobachtungen und anekdotischen Erzählungen gemachten Vorstellungen auf ihre Gültigkeit zu überprüfen.

Die Zahlen der zwar nicht völlig repräsentativen, aber mit grosser Sorgfalt und den notwenigen Fachkenntnissen durchgeführten Erhebung sprechen – auch wenn man die möglichen Verzerrungseffekte berücksichtigt – eine klare Sprache.

- Die ausländischen Staatangehörigen in der Schweiz interessieren sich weniger für die Politik.

- Die Ausländer in der Schweiz bezeichnen sich als stärker linksorientiert und vertreten häufiger linke politische Positionen als der Durchschnitt der Schweizer.
- Populärste Partei unter den Ausländern ist die SP, die SVP liegt deutlich hinter ihrem Wähleranteil bei den Nationalratswahlen zurück, dies gilt für sämtliche grösseren Gruppen von Ausländern und auch für die Einwanderer aus dem Balkan.

Angesichts der Deutlichkeit der Ergebnisse können die eingangs gestellten Fragen wie folgt beantwortet werden. Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass mit der Aufenthaltsdauer das politische Interesse steigt. Fehlen die Beteiligungsmöglichkeiten, so ist das Interesse tiefer. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Ausländer über die Zeit hinweg diesbezüglich den Schweizern angleichen.

Was die grösseren Sympathien der Ausländer für linke und grüne Parteien anbelangt, so liegt der Grund dafür nicht nur in der positiveren Grundhaltung dieser Parteien gegenüber Ausländern. Die in der Schweiz lebenden Ausländer sind ganz allgemein und bei anderen Fragen stärker links positioniert als die in der Untersuchung vertretenen Schweizer. Die Unterschiede sind jedoch nicht bei allen Anliegen gleichermassen ausgeprägt. Unterschiedliche politische Wertorientierungen in den Herkunftsländern gepaart mit einer grösseren Auswanderungsbereitschaft liberal- und linksorientierter Kreise könnten weitere Faktoren sein, die es hier zu berücksichtigen gilt. Die tiefe Popularität der SVP unter den Ausländern steht nicht ausschliesslich in einem direkten Zusammenhang mit den Positionen dieser Parteien in Ausländerfragen, dennoch kann mit grosser Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ihr diese Positionen bei den Ausländern keine grossen Sympathien verschafft. Nicht zutreffend ist die Annahme, dass die in der Schweiz lebenden Ausländer mehrheitlich immigrationsfeindliche Positionen unterstützen.

Natürlich gilt es, die in dieser Studie präsentierten Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen. Das untersuchte Sample ist verhältnismässig klein und es gibt systematische Verzerrungen im Vergleich zur gesamten Bevölkerung. In der Regel sind bei solchen Untersuchungen die besser Gebildeten und die Anhänger linker Parteien stärker vertreten. Es wurde versucht, diese Verzerrungen so gut wie möglich zu berücksichtigen. Die Annahme hierfür war, dass sich Schweizer und Ausländer bezüglich der Teilnahme an der Untersuchung gleich verhalten. Schliesslich gilt es aber auch zu berücksichtigen, dass diejenigen Personen, die bei solchen Untersuchungen mitmachen, auch eher an Wahlen teilnehmen.

Die Zahlen insgesamt sprechen eine deutliche Sprache und es ist nicht davon auszugehen, dass eine umfassendere und repräsentativere Untersuchung zu völlig anderen Schlüssen führen würde. Die SP und die Grünen stossen bei den in der Schweiz lebenden Ausländern auf grössere Sympathien als bei den Schweizern.

Literatur

Bergh, J. and T. Bjørklund (2011). The Revival of Group Voting: Explaining the Voting Preferences of Immigrants in Norway. Political Studies 59(2): 308–327.

Caramani, D. and O. Strijbis (2013). Discrepant Electorates: The Inclusiveness of Electorates and Its Impact on the Representation of Citizens. Parliamentary Affairs 66(2): 384–404.

D'Amato, G. (2001). Vom Ausländer zum Bürger: der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. LIT Verlag Münster.

Longchamp, Claude, Luca Bösch und Silvia Ratelband-Pally (2003). Internationale SchweizerInnen. Schlussbericht zur 1. Repräsentativen Online Befragung der stimmberechtigten AuslandschweizerInnen für ASO und swissinfo/SRI. Bern, GfS Forschungsinstitut.

Sanders, D., A. Heath, S. Fisher and M. Sobolewska. 2013. "The Calculus of Ethnic Minority Voting in Britain." Political Studies.

Strijbis, Oliver (2014). Migration Background and Voting Behavior in Switzerland: A Socio-Psychological Explanation. Swiss Political Science Review 20(4): 612–631.

Teney, C., D. Jacobs, A. Rea and P. Delwit. (2010). Ethnic Voting in Brussels: Voting Patterns Among Ethnic Minorities in Brussels (Belgium) During the 2006 Local Elections. Acta Politica 45: 273–297.

Tillie, J. (1998). Explaining Migrant Voting Behaviour in the Netherlands. Combining the Electoral Research and Ethnic Studies Perspective. Revue europeenne des migrations internationales 14(2): 71–95.

Wessendorf, S. (2007). 'Roots Migrants': Transnationalism and 'Return' among Second-Generation Italians in Switzerland. Journal of Ethnic and Migration Studies 33(7): 1083–1102.

Wessendorf, S. (2008). Culturalist Discourses on Inclusion and Exclusion: The Swiss Citizenship Debate. Social Anthropology 16(2): 187–202.